

Fels-Werke GmbH • Geheimrat-Ebert-Straße 12 • 38640 Goslar

**European Commission**  
**Directorate-General for Competition**  
**State Aid Registry**  
1049 Bruxelles/Brussel  
Belgique/België  
**Ref.: HT.5371**

**Fels-Werke GmbH**  
Geheimrat-Ebert-Str. 12  
38640 Goslar

Telefon +49 5321 703 0  
Telefax +49 5321 703 321  
[www.fels.de](http://www.fels.de)

02.08.2021

COMP-CEEAG-CONSULTATION@ec.europa.eu

Achim Harting  
Energiemanagement  
Telefon +49 5321 703 235  
[achim.harting@fels.de](mailto:achim.harting@fels.de)

**HT.5371\_Reply\_from\_a\_company**

**Stellungnahme der Fels Werke GmbH zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Revision der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (KUEBLL 2022)**

**Vorbemerkungen**

Die Fels Werke GmbH begrüßt grundsätzlich die Bestrebungen der Europäischen Kommission, die *Beihilfeleitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022* (KUEBLL 2022), im Original *Guidelines on State aid for climate, environmental protection and energy 2022* (CEEAG 2022) an die Emissionsziele des Green Deal anzupassen und damit einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer klimaneutralen Europäischen Union zu gehen.

Die Fels Werke GmbH als Hersteller von Kalk- und Kalkstein- und Mörtelprodukten, hat bereits in den letzten Jahren in die Anschaffung energieeffizienter Anlagen, eines kraftsparenden Fuhrparks, die Forschung und Entwicklung und weitere effizienzsteigernde Maßnahmen und Projekte investiert. Seit 2012 verfügt die Fels Werke GmbH ferner über ein Energiemanagementsystem mit dessen Hilfe der Energieverbrauch kontinuierlich verbessert werden konnte. Von 2013 bis 2020 konnte der Wirkungsgrad der Öfen um **XXX** % erhöht werden. Durch diese Optimierungen konnte der spezifische CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Fels Werke GmbH um **XXX** % reduziert werden und das, obwohl es in der Kalkproduktion zu nicht zu vermeidenden prozessbedingten Emissionen kommt, welche in Bezug auf die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen der Fels Werke GmbH circa 70 % betragen. Im Zeitraum von 2013 bis 2020 hat die Fels Werke GmbH zudem ihren Stromverbrauch um fast **XXX** % reduziert.

**Ansesichts der geplanten Änderungen in den Beihilfeleitlinien sehen wir diese Entwicklungen jedoch gefährdet.** Den Unternehmen muss ein Investitionsrahmen geschaffen werden, mit der große Projekte zur Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Produktionsprozesse, sowie zur Schaffung einer nachhaltigen Eigenversorgung finanziert werden können. Dabei ist zu

Seite 1 von 9

beachten, dass in Europa und besonders in Deutschland bereits eine hohe Belastung durch hohe Rohstoff-, Energie- und Lohnkosten besteht. Gleichzeitig entfällt ein erheblicher Teil des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf die Lieferung von Waren aus entfernten Drittländern, in denen weniger strenge Umweltvorgaben herrschen. Gerade im Angesicht der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass eine zuverlässige Produktion und Wertschöpfung in der Europäischen Union von erheblicher Bedeutung für die Versorgungssicherheit sind. Anstatt die Industrie in der Europäischen Union zu schwächen, sollte ihr die Möglichkeit gegeben werden, in den künftigen Jahren den Übergang zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Produktion zu ermöglichen, um einen unabhängigen, stabilen, nachhaltigen und ökologischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Dies gilt umso mehr, als in Deutschland der Wohnungsbau, die Ertüchtigung der Infrastruktur und nicht zuletzt der Wiederaufbau nach der jüngsten Flutkatastrophe in den kommenden Jahren viel Baustoffe erfordert, die so umweltfreundlich und energiesparsam wie nur möglich hergestellt werden sollten. Dieses erstrebenswerte Ziel eines unabhängigen, stabilen, nachhaltigen und ökologischen Wirtschaftsraums für Baustoffe würde durch das Inkrafttreten der *Beihilfeleitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022* nach der zur Konsultation gestellten Entwurfsfassung gefährdet. Die Fels Werke GmbH stellt unter anderem Kalkprodukte her. **Nach dem Entwurf der Leitlinien ist der Wirtschaftszweig („Herstellung von Kalk und gebranntem Gips“) nach dem Code 23.52 WZ 2008, welchem die Tätigkeit unseres Unternehmens zugeordnet wird, nicht mehr privilegiert.** Angesichts der hohen Energiekosten würde dies für die Fels Werke GmbH bedeuten, dass die Produktion in Deutschland und der Europäischen Union in seiner **Wirtschaftlichkeit extrem gefährdet** wäre.

Die zusätzlichen Belastungen, die durch einen Wegfall der Besonderen Ausgleichsregelung auf die Fels Werke GmbH zukommen würden, würden daher dazu führen, dass notwendige Investitionen und finanzielle Mittel für eine Forschung und Entwicklung insbesondere auch im Hinblick auf die Reduktion von produktionsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht mehr zur Verfügung ständen. Der Wegfall der Entlastungsmöglichkeit und die damit entfallende Produktionsmöglichkeit in der EU widersprechen außerdem dabei den Intentionen der neuen europäischen Industriestrategie der EU-Kommission, indem eine europäische Autonomie und Widerstandsfähigkeit der Industrie gegenüber externen Abhängigkeiten verhindert wird. Unsere Produktion und unsere Anstrengungen zu einer immer nachhaltigeren Produktion sind zudem nachhaltiger und grüner als andere Technologien, die über Importe den Vorzug bekämen. Der Entwurf der KUEBLL selbst widerspricht damit den Zielen der EU zur Industriepolitik und den Zielen der Umweltpolitik und letztlich den Zielen der KUEBLL selbst.

**Wir fordern die Europäische Kommission daher auf, die Regelungen für energieintensive Unternehmen zumindest in der bestehenden Form und insbesondere den Wirtschaftszweig („Herstellung von Kalk und gebranntem Gips“) nach dem Code 23.52 der WZ 2008 beizubehalten, um einen wirksamen Schutz vor Carbon-Leakage zu schaffen, Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem außereuropäischen Ausland zu gewährleisten und Hindernisse bei der Elektrifizierung der Industrie abzubauen.**

## **Anmerkungen zu den Änderungen der KUEBLL bezüglich der Ermäßigungen der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen**

### **1. Beihilfefähige Wirtschaftszweige**

Die Haupttätigkeit der Fels Werke GmbH unterfällt, wie oben bereits dargestellt, gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (WZ 2008) nach der Verordnung 1893/2006/EU dem Code 23.52 der WZ 2008 („Herstellung von Kalk und gebranntem Gips“). Die der Tätigkeit zugrundeliegenden Produktionsprozesse sind sehr stromkostenintensiv, weshalb die Fels Werke GmbH bisher die sog. Besondere Ausgleichsregelung gemäß den §§ 63 ff. des deutschen Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) und die damit verbundene Möglichkeit der Reduzierung der EEG-, KWKG-, und Offshore-Netzumlage in Anspruch nehmen konnte. Gemäß § 64 i.V.m. Liste 1 Nr. 116 Anlage 4 EEG 2021 besteht diese Möglichkeit derzeit u.a. für Unternehmen bzw. selbständige Unternehmensteile, die dem Code 23.52. der WZ 2008 unterfallen. Diese Beihilfe ist nach den derzeitigen Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014 - 2020 (UEBLL 2014 - 2020) gemäß Abschnitt 3.7.2., Rn. 185 i.V.m. Anhang 3 zulässig, da es sich, ausweislich der Leitlinie, um einen Wirtschaftszweig handelt, der eine Handelsintensität von mindestens 4% und eine Stromintensität von mindestens 20% aufweist.

Nach dem zur Konsultation stehenden Entwurf ist unter Abschnitt 4.11, Rn. 350ff. die Genehmigung von *„Beihilfen in Form einer Ermäßigung der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen“* weiterhin für bestimmte Wirtschaftszweige möglich. Die betreffenden Wirtschaftszweige sollen nur solche sein, denen durch die beihilfefähigen Abgaben ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union entstehen, vgl. Rn. 357. Dies soll jedoch nur noch für Unternehmen zutreffen, die in einem Wirtschaftszweig tätig sind, der auf Unionsebene eine Handelsintensität von mindestens 20% und eine Stromintensität von mindestens 10% oder eine Stromintensität von mindestens 7% und eine Handelsintensität von mindestens 80% aufweist. Die Wirtschaftszweige, auf die dies zutrefte, werden im Anhang I des Entwurfs gelistet. **Die „Herstellung von Kalk und gebranntem Gips“ nach dem Code 23.52 der WZ 2008 wird dort nicht mehr aufgeführt.** Anders als nach den bestehenden Leitlinien wird den Mitgliedstaaten auch nicht die Möglichkeit gegeben, andere Wirtschaftszweige ausnahmsweise zu berücksichtigen. Danach sehen wir für unser Unternehmen die Gefahr, dass mit Anpassung der nationalen Regelung an die zur Konsultation stehende Beihilfeleitlinien die Fels Werke GmbH keine Ermäßigung der Stromabgaben mehr in Anspruch nehmen könnte.

Für die Fels Werke GmbH hätte der Verlust der Umlageprivilegierung nach den §§ 63 ff. Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 gravierende Auswirkungen. Der Fels Werke GmbH würden jährlich circa **XXX** Mio. € Mehrkosten pro Jahr entstehen. Bei einem Kalkabsatz von circa **XXX** Mio.t pro Jahr würden sich die Kosten für das Produkt um circa **XXX** €/ t erhöhen, was wiederum weitere Preissteigerungen für die Baubranche nach sich ziehen würde. Die Kosten müssten letztlich Bauherren und Mieter auf dem ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt tragen.

Dass gerade die Branche der Herstellung von Kalk und gebranntem Gips nicht in dem Anhang I des zur Konsultation stehenden Entwurfes aufgenommen wurde, ist zu beanstanden. Denn die Kommission muss bei der Auswahl der privilegierten Wirtschaftszweige solche berücksichtigen, die den identifizierten Wirtschaftszweigen ähnlich sind und substituierbare Produkte herstellen. Im Rahmen des zur Konsultation vorliegenden Entwurfes wird der Wirtschaftszweig „Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer“ nach dem Code 08.11 im Anhang I gelistet. Nach den Erläuterungen zu der WZ 2008 ist der Prozess der Gewinnung und die Aufbereitung von Kalkstein und Dolomitstein von dem WZ-Code 08.11 umfasst. Der Wirtschaftszweig 23.52. wird aber gerade nicht mitaufgenommen. Diesbezüglich ist anzuführen, dass die Fels Werke GmbH nicht nur im Wettbewerb mit anderen Kalkherstellern, sondern auch mit Herstellern von Kalksubstituten steht. Die Kommission hat bei der Auswahl der Wirtschaftszweige aber zu berücksichtigen, inwieweit durch die identifizierten Wirtschaftszweige ein Wettbewerbsnachteil entsteht. Ferner handelt es sich bei Produkten um substituierbare Produkte. Durch die Variation der Brenndauer/-temperatur oder den Austausch von Brennstoffen können leicht unterschiedliche Spezifikationen von Kalk herbeigeführt werden.

Die Gewinnung von Kalk stellt weiterhin eine wichtige Vorleistung für andere Sektoren dar, insbesondere für Abnehmer aus der Eisen- und Stahlindustrie, für den Bausektor (insbesondere für die Festigkeitsbildung in Baustoffen), aber auch den Umweltsektor. Gerade die Bauindustrie unterliegt aktuell einer gesellschaftlichen Problemsituation. Denn aufgrund der Knappheit des Immobilienmarktes, verstärkt durch die aktuellen Auswirkungen der Flutkatastrophe in Deutschland besteht ein erhöhtes Erfordernis für die Schaffung von Wohnraum und Modernisierung der Infrastruktur. Kalk wird zu circa 21 % in der Bauindustrie eingesetzt<sup>1</sup>. Dabei sind **XXX** % des Gesamtabsatzes der Fels Werke-GmbH Kunden der Bauwirtschaft. Gerade aufgrund dieser Situation und dem Vorteil von kurzen Lieferwegen ist zu vermeiden, dass eine Verlagerung der überwiegenden Produktion der Kalkindustrie aufgrund günstigerer Produktionsbedingungen ins Ausland erfolgt. Es gilt zu verhindern, dass im Baugewerbe auch hinsichtlich kalkhaltiger Produkte eine ähnliche Knappheit eintritt, wie dies z.B. derzeit für Bauholz der Fall ist. Andernfalls wäre der hohe Investitionsstau in Deutschland (insbesondere in Gebäuden der öffentlichen Hand) nicht zu bewältigen.

Der mögliche Wegfall von Energiebeihilfen und der damit zwingenden Kostenerhöhung für unsere Produkte, hätte für unsere Kunden bzw. ihre Wirtschaftszweige wiederum schwerwiegende Auswirkungen. Denn unsere Kunden stammen u.a. aus der chemischen, Zucker, Glas- sowie Eisen- und Stahlindustrie. Allesamt Bereich, welche ihrerseits hohem (internationalen) Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Beispielhaft sei diesbezüglich die Carbidindustrie angeführt. Die Carbidindustrie steht in einem intensiven Wettbewerb und verbraucht je Tonne Carbid circa 950 kg Kalk. Eine durch den Wegfall der Besonderen Ausgleichsregelung bedingte Preissteigerung

---

<sup>1</sup> Bericht an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Energiewende in der Industrie, Potentiale und Wechselwirkungen mit dem Energiesektor, durch die Navigant Energy Germany GmbH aus 2020.

des Kalkproduktes würde sich demnach direkt auf das Endprodukt niederschlagen und damit die Wettbewerbsfähigkeit eines weiteren Wirtschaftszweigs erheblich beeinträchtigen. Diese Wechselwirkungen zeigen nur exemplarisch, dass das System der zur Konsultation gestellten KUEBLL ein klares Konzept vermissen lassen.

Gleiches gilt insbesondere für die Eisen- und Stahlindustrie (**XXX %** unseres Gesamtumsatzes). Diese Branche, als wichtigster Abnehmer von Kalk- und Gipsprodukten, musste ohnehin, bedingt durch die Covid-19- Pandemie enorme Produktionskürzungen hinnehmen. Dadurch ist auch hier eine Umlegung der Kosten auf den Kunden gerade nicht möglich. Ein Import von Kalk durch diese Unternehmen, hätte wiederum weite Transportwege mit einem erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß zur Folge. Die Europäische Union benötigt daher zwingend eine lokale und rentable Produktion von Kalk. Ohne diese Rentabilität ist die Produktion vor Ort gefährdet und weitere Investitionen in eine nachhaltige und ressourcenschonende Produktion von Kalk wären somit nicht möglich.

An dieser Stelle ist zudem zu berücksichtigen, dass jegliche Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Kalkindustrie immer auch mit einer signifikanten Erhöhung des Stromverbrauchs einhergehen. Damit würde sich die volle Weiterbelastung von EEG-, KWKG- und Offshore Netzumlagen kontraproduktiv auf die Bestrebungen zur Dekarbonisierung auswirken. Es erschließt sich uns nicht, wie die von der Europäischen Kommission gewünschte Steigerung der Elektrifizierung unter dem Entwurf der KUEBLL wirtschaftlich umgesetzt werden soll.

Der Fels Werke GmbH sollte durch Abänderung der Leitlinien nicht die Mittel genommen werden, um sich sukzessive zu elektrifizieren, eine nachhaltige Eigenstromversorgung mittels erneuerbarer Energien aufzubauen und Herstellungsprozesse nachhaltiger und ökologischer zu gestalten. **Den Unternehmen sollten stattdessen – zusätzlich zum Erhalt der bestehenden Regelungen – durch direkte Investitionsbeihilfen der Ausbau einer stärker von Stromabgaben und zugleich von zunehmender Bürokratisierung befreiten Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien angereizt werden. Gleichzeitig könnten die Kapitalkosten für solche Investition durch staatlich garantierte Darlehen niedrig gehalten werden. Außerdem wäre die Schaffung eines verlässlichen Regulierungsrahmen zu begrüßen, um langfristige Projekte, Kooperationen und Lieferbeziehungen zu ermöglichen.**

Dies ist notwendig, um einen wirksamen Schutz vor Carbon-Leakage zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem außereuropäischen Ausland zu gewährleisten und Hindernisse bei der Elektrifizierung der Industrie abzubauen.

Überdies ist die Methode der Festlegung von Schwellenwerten für Strom- und Handelsintensität ungeeignet, um Sektoren zu ermitteln, in denen ein besonderes Risiko für Carbon-Leakage besteht. Den Erläuterungen zum Konsultationsentwurf nach hat sich die Europäische Kommission bei der Festlegung dieser Werte an der Carbon-Leakage-Liste zum Europäischen Emissionshandelssystem orientiert. Allein die Werte der Strom- und Handelsintensität sind nicht geeignet, um die Gefahr von Carbon-Leakage zu bemessen, denn dabei werden etliche Kriterien außer Acht gelassen. Dazu gehören beispielsweise die Art und Weise der Rohstoffbeschaffung, sowie zusätzliche Belastungen durch rechtliche Rahmenbedingungen und infrastrukturelle

Gegebenheiten auf nationaler Ebene, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auch innerhalb der Europäischen Union auswirken. Aufgrund der Bewertung der Strom- und Handelsintensität auf Unionsebene kann dagegen ein Wirtschaftszweig in der Gesamtbetrachtung die Schwellenwerte unterschreiten, obwohl er auf nationaler Ebene diese weit überschreiten würde und ggf. sogar zusätzlich nationale Gegebenheiten seine Situation erschweren. Zudem führen die starren Grenzen zu Ungerechtigkeiten, insbesondere wenn einer der beiden Werte weit überschritten, der andere aber nur knapp unterschritten wird. Diesem Problem könnte - neben dem Erhalt der Regelungen in ihrer aktuellen Form - dadurch abgeholfen werden, dass ein einheitlicher Grenzwert durch Multiplikation der Werte für Strom- und Handelsintensität ermittelt wird. Selbst dann wären die Schwellenwerte aber noch abzusenken. Zu kritisieren ist ebenfalls, dass einige Teilsektoren ausscheiden, weil die Werte der übergeordneten Sektoren zugrundegelegt werden.

Letztlich liegt kein erkennbarer Grund vor, die Schwellenwerte für die Strom- und Handelsintensität anzuheben, da die Energiekosten in der Europäischen Union nicht gesunken sind und daher die Gefahr von Carbon-Leakage unverändert fortbesteht. Die Kommission begründet ihren Entwurf insoweit überhaupt nicht, obwohl sie dies von den Mitgliedsstaaten als Nachweis für eine Notifizierungsmöglichkeit permanent fordert. Zu fordern wäre aber, dass die Änderungen aufgrund einer analytischen Einschätzung der Situation und anhand empirischer Daten, die die vielfältigen Unterschiede der Nationalstaaten abbilden geschieht.

## **2. Mindestkostenbetrag zur Begrenzung der Abgabenermäßigung**

Die Kommission ist der Auffassung, dass ein erhebliches Risiko der Verlagerung von Tätigkeiten in beihilfefähigen Sektoren an Standorte außerhalb der Europäischen Union nur dann auf die betreffenden Abgaben zurückzuführen ist, wenn die kumulierte Gesamthöhe dieser Abgaben (vor etwaigen Ermäßigungen) einen bestimmten Mindestkostenbetrag pro MWh erreicht. Dies soll nach dem Konsultationsentwurf in Rn. 356 normiert werden.

**Wir sind der Meinung, dass dieser Mindestkostenbetrag bei 10,- EUR/MWh, d.h. 1 ct/kWh liegen sollte.** Eine höhere Schwelle ist kaum zu rechtfertigen, da sie zu Marktverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten führen könnte. Angenommen der Mindestkostenbetrag läge bei 100,- EUR/MWh, während der Nettostrompreis 50,- EUR/MWh betrüge. In Land A wird der Mindestkostenbetrag für die Stromabgaben leicht überschritten, in Land B leicht unterschritten, sodass in letzterem keine Ermäßigung der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen möglich wäre. Dann würde ein energieintensives und durch Beihilfe privilegiertes Unternehmen in Land A bei einer Reduktion der Abgaben auf 25% einen Strompreis von ca. 30,- EUR/MWh zahlen, während ein energieintensives Unternehmen in Land B einen Strompreis von fast 150,- EUR/MWh zahlen würde.

## **3. Angemessenheit der Beihilfemaßnahme**

Auch bezüglich der Angemessenheit der Beihilfemaßnahmen spricht sich die Fels Werke GmbH dafür aus, das bestehende Regelwerk beizubehalten. Nach Rn. 359, 360. des



Konsultationsentwurfs sollen die Beihilfemaßnahmen auf eine Reduktion von maximal 25% der Kosten aus den Stromabgaben bzw. ausnahmsweise für besonders stark betroffene Unternehmen auf 1,5% der Bruttowertschöpfung begrenzt werden.

Nach den aktuellen Leitlinien ist eine Begrenzung bis 15% der Kosten bzw. ausnahmsweise für besonders stark betroffene Unternehmen auf 4% der Bruttowertschöpfung und bei einer Stromintensität von mindestens 20% auf 0,5% der Bruttowertschöpfung möglich, Rn. 188, 189.

Wir treten für eine grundsätzliche Begrenzung bis 15% ein, da nur so für Unternehmen in Deutschland die erstrebenswerte Strompreisschwelle von 6 ct/kWh erreicht werden kann. Die bestehenden Ausnahmen für Härtefälle sollten ebenfalls in der Form bestehen bleiben, um in Einzelfällen der besonderen Situation dieser Unternehmen Rechnung zu tragen.

Sollte für die Fels Werke GmbH künftig überhaupt noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Abgabenermäßigung bestehen, würde die Änderung des Beihilferahmens Mehrkosten von ca. **XXX** Mio. € pro Jahr ausmachen.

#### **4. Verpflichtende Umsetzung von Vorgaben für auditpflichtige Unternehmen**

Der Konsultationsentwurf sieht vor, dass Mitgliedstaaten verpflichtet werden sollen, zu überwachen, dass Beihilfeempfänger, die verpflichtet sind, ein Energieaudit durchzuführen, mindestens eine der dort gelisteten Vorgaben umsetzen, Rn. 365. Diese Vorgaben sind, a) die Umsetzung der Empfehlung eines Audit-Berichts, soweit die Amortisationszeit für die einschlägigen Investitionen drei Jahre nicht übersteigen und die Kosten für ihre Investition angemessen sind, b) die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ihres Stromverbrauchs durch Deckung des Strombedarfs aus CO<sub>2</sub>-freien Energiequellen zu mindestens 30%, c) die Investition von mindestens 50% des Beihilfebetrags in Vorhaben, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen der Anlage führen.

Diese Kontrolle der Umsetzung dieser Vorgaben bedeutet den Aufbau weiterer bürokratischer Hürden. Die Maßnahmen müssten kontrolliert und unternehmensseitig mit den Aufsichtsbehörden abgestimmt werden. Zudem würde der wirtschaftlich notwendige Effekt der Entlastung teilweise neutralisiert, wenn dadurch Ausgaben an anderer Stelle erzwungen würden. Dies gilt insbesondere bei aus physikalischen Gründen mit derzeit verfügbarer Technologie nicht oder nicht den Vorgaben entsprechend reduzierbarem CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

#### **5. Übergangsbestimmungen**

Nach Rn. 414 des Konsultationsentwurfs sollen die Mitgliedsstaaten ihre bestehenden Umweltschutz- und Energiebeihilferegelungen bis zum 31. Dezember 2023 in Einklang mit den geänderten Leitlinien bringen. Wenn die Kommission dies auch und gerade für erst kürzlich in diesem Jahr bis Ende 2026 genehmigte Beihilfen, wie die des EEG und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) fordert, stört sie nachhaltig das Vertrauen in den Bestand ihrer Genehmigungen.

Es bedarf daher einer klaren Übergangsbestimmung, wonach bestehende Umweltschutz- und Energiebeihilferegulierungen frühestens nach Ablauf ihrer Genehmigung an die geänderten Beihilfeleitlinien angepasst werden müssen.

## **Fazit**

Die bestehenden Regelungen der Umweltschutz- und Energiebeihilfen sollten als Minimalstatus beibehalten werden. Das bedeutet:

1. Die Schwellenwerte für die Handels- und Stromintensität und damit die beihilfefähigen Wirtschaftszweige sollten in ihrer aktuellen Form, zumindest aber die „Herstellung von Kalk und gebranntem Gips“ nach dem Code 23.52 der WZ 2008 beibehalten werden.
2. Der Mindestkostenbetrag von Strom für die Begrenzung der Abgabenermäßigungen sollte bei 10,- EUR/MWh angesetzt werden.
3. Die Begrenzung bis 15% der Kosten bzw. ausnahmsweise für besonders stark betroffene Unternehmen auf 4% der Bruttowertschöpfung und bei einer Stromintensität von mindestens 20% auf 0,5% der Bruttowertschöpfung sollte beibehalten werden.
4. Die verpflichtende Umsetzung von Vorgaben für auditpflichtige Unternehmen ist abzulehnen.
5. Es sollten stattdessen durch direkte Subventionen und Kapitalkostenerleichterungen echte Anreize zur Elektrifizierung der energieintensiven Unternehmen geschaffen werden.
6. Der Rechtsrahmen sollte langfristig, verlässlich und möglichst wenig bürokratisch gestaltet sein.
7. Für bereits genehmigte Beihilfen bedarf es einer eindeutigen Übergangsbestimmung, wonach diese erst nach Ablauf der Genehmigung angepasst werden müssen.

Die unter Punkt 6 in den Erläuterungen zum Vorschlag für die Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 („Umweltschutz- und Energiebeihilfen“) aufgeworfenen Fragen der Kommission lassen sich somit folgendermaßen beantworten:

- *„Ist die oben genannte Methode geeignet, um Sektoren zu ermitteln, in denen ein besonderes Risiko besteht, dass Tätigkeiten an Standorte außerhalb der Europäischen Union verlagert werden, und gleichzeitig die beschriebenen Risiken in Bezug auf Verzerrungen von Wettbewerb und Handel und mangelnde Fördermittel für erneuerbare Energien auf ein Minimum zu begrenzen?“*

**Nein**, die dem zur Konsultation stehenden Entwurf der Beihilfeleitlinien zugrundeliegende Methode zur Ermittlung, welche Sektoren einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, dass



Tätigkeiten eines Wirtschaftszweiges an Standorte außerhalb der Europäischen Union verlagert werden, an denen es keine oder weniger anspruchsvolle Umweltstandards gibt, sind **ungeeignet**.

Es ist schon nicht verständlich, wie sich die Strom- und Handelsintensität für so viele Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen, Strom- und Produktionskosten einheitlich berechnen lassen sollten. Weder dem Entwurf der Beihilfeleitlinien, noch den Festlegungen der Carbon-Leakage-Liste im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems liegen eine wissenschaftlich und statistisch fundierte Kalkulation zugrunde, die diese nationalstaatlichen Unterschiede fassen könnte.

Zudem wird neben der Gefahr von Carbon-Leakage, der Wettbewerbsfähigkeit in einem globalisierten Markt keine Rechnung getragen.

- „Wie hoch müssten die kumulierten Abgaben je MWh mindestens sein, damit Ermäßigungen gerechtfertigt wären?“

**Wir sind der Meinung, dass dieser Mindestkostenbetrag bei 10,- EUR/MWh, d.h. 1 ct/kWh liegen sollte, um Marktverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten zu vermeiden.**

Mit freundlichen Grüßen

Fels-Werke GmbH

  
Dr. Burkhard Naffin

  
Christian Schäfer